das Expeditionskorps erhoben worden; allgemeine Anschuldigungen aber erfüllen nicht den Begriff der Thatsache, sondern sind Urteile, die überhaupt nicht unter Beweis gestellt werden können.

So war dem angeklagten Redakteur die Möglichkeit des Wahrheitsbeweises abgeschnitten worden! Die Verteidiger hatten eine Fülle von Beweismaterial zur Stelle, hatten es dem Gerichte rechtzeitig eingereicht — thut nichts: **der Wahrheitsbeweis wurde nicht zugelassen.**

Gegen das Urteil hatten die beiden Angeklagten Revision eingelegt, die am Freitag den 2. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte. Gerügt wurde zunächst, daß kein gültiger Strafantrag vorliege, da der preußische Kriegsminister zur Stellung nicht zuständig gewesen sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Haase aus Königsberg, führte dann noch folgendes aus: Es ist kein Krieg gegen China geführt worden. Dabei wurde auch nicht das Heer mobil gemacht. Es traten nur Freiwillige zusammen, die sofort ersetzt wurden, so daß das Heer seine Friedensstärke behielt. Ueber das Expeditionskorps h[illegible] daher der Kaiser auch keine Verfügung, weil weder Krieg noch [illegible] Frage stand. Aber selbst wenn die Kabinettsorder des [illegible] recht bestände, [illegible] der Kriegsminister nicht als Vorgesetzter anzusehen, weil er von dem Expeditionskorps nicht Gehorsam fordern konnte. Der Generalfeldmarschall v. Waldersee wäre der einzige Strafantrags-Berechtigte gewesen. — Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verwerfung der Revision. — Das Reichsgericht verwarf die Revision unter folgender Begründung: Der Strafantrag war als gültig anzusehen, denn die Gesetzlichkeit der Expedition nach China steht außer Frage, da durch das Gesetz vom 25. Februar 1901 Indemnität erteilt worden ist. Die kaiserliche Verordnung, die die Aufstellung des Expeditionskorps anordnete und dem Kriegsminister überging, hatte die Bedeutung, daß ihm die Verwaltung übertragen wurde. Dadurch wurde er auch verpflichtet, gegen Mißstände einzuschreiten, welche sich in dem Expeditionskorps zeigten. Mit Recht ist auch auf Grund des § 185 verurteilt worden, da die Beleidigung wesentlich in den kränkenden Verallgemeinerungen zu finden war. Der Schutz des § 193 ist den Angeklagten mit Recht nicht zugebilligt worden, da „thatsächlich festgestellt" (!!!) ist, daß sie gar nicht berechtigte Interessen wahrnehmen, sondern nur beleidigen wollten.

Nach diesem Urteil ist die Sache prozessual abgeschlossen: das Reichsgericht hat sich nicht veranlaßt gesehen, an der Beschränkung der Verteidigung zu rütteln, die dem Berliner Gericht angemessen erschienen war; die „thatsächliche Feststellung" der beleidigenden Absicht spielt wieder ihre Rolle — als ob die Richter unseren Genossen hätten ins Herz sehen können! Abgeschlossen, aber nicht in Wirklichkeit beendet! Denn im Volke wird dieses Urteil und seine obergerichtliche Bestätigung nicht vergessen werden, sondern lange nachzittern. Unsere beiden Genossen wandern in die Zelle: die Meinung des Volkes über die Hunnenfahrt und was damit zusammenhing, kann aber kein Gericht in Fesseln schlagen.

Politische Uebersicht.

Der Sozialismus bei den französischen Wahlen.

Die Petite Republique giebt eine interessante Statistik der sozialistischen Stimmen bei den Wahlen vom 27. April, die uns die Stärke der einzelnen Fraktionen des französischen Sozialismus erkennen läßt. Es sind danach in ganz Frankreich **860 827** sozialistische Stimmen abgegeben worden.

Davon erhielten die Jauresisten (sozialistische Partei Frankreichs, föderative Einigung) 516 380 Stimmen.

Die vereinigten Guesdisten und Blanquisten (sozialistisch-revolutionäre Einigung) erzielten 299 853 Stimmen.

Die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei, die Organisation der Allemanisten, die zwischen beiden großen Organisationen steht, vereinigte auf 8 Kandidaten 13 547 Stimmen.

Die Stimmen der sozialistisch-revolutionären Einigung verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Gruppen:

Französische Arbeiterpartei (Guesdisten): 194 Kandidaten, 175 266 Stimmen.

Von diesen Stimmen haben die 22 guesdistischen Kandidaten des Departements Nord, wo die Partei am stärksten vertreten ist, 60 556 Stimmen auf sich vereinigt, auf 8 Kandidaten des Departements Isère entfallen 18 218, auf 12 Kandidaten des Departements Gironde 8225 Stimmen, so daß in diesen drei Departements 86 999 guesdistische Stimmen abgegeben worden sind.

Die verbleibenden 88 267 guesdistischen Stimmen verteilen sich unter die anderen 152 Kandidaten. Davon haben 292 gar keine Stimme erhalten, viele andere haben es nicht bis zu zehn Stimmen gebracht.

Die Blanquisten (sozialistisch-revolutionäre Partei) vereinigten auf 39 Kandidaten 80 910 Stimmen, auf andere Gruppen der sozialistisch-revolutionären Einigung entfielen 41 647 Stimmen.

Außerdem entfielen auf 23 sozialistische Kandidaten, die keiner dieser Organisationen angehörten, 31 047 Stimmen.

Ob der Sozialismus dieser „wilden" Sozialisten indes hieb- und stichfest ist, ist sehr fraglich. Und bei der Vergleichung der Stimmenziffern der sozialistischen Gruppen ist auch zu bedenken, daß sich ihre Stärke nicht bloß nach der Zahl, sondern auch nach der Qualität der Wähler richtet, d. h. danach, wieweit die Wähler sozialistisch denken und fühlen.

Garneelen und die Theemaschine. Oft hatte Jos mitgegessen, und noch vor ein paar Wochen würde ihn Mrs. Elwin aufgefordert haben, dazubleiben, heute aber streichelte sie ihre Katze und schien gar nicht bemerken zu wollen, daß er draußen stand.

„Adieu," sagte Betty, indem sie ihm die Hand reichte und die Augen niederschlug.

„Adieu!" antwortete Jos.

Sie trat in das Haus, während er die Straßen entlang schlenderte. Den Hut zur Seite gesetzt und die Hände in den Taschen pfiff er ein Liedchen vor sich hin. Endlich kam er zu einem kleinen Hause in einer engen Straße, das eine schmutzige Hausthür und zerbrochene Fensterscheiben hatte. Er trat ein, und eine enge, dunkle Treppe führte ihn in seine Kammer. Hier öffnete er einen Schrank, und als er nichts darin fand, schlug er seine Thüren heftig zu. Ein halbes Brot lag auf dem Tisch, und er schnitt sich davon ein Stück mit seinem Taschenmesser ab. Auf seinem Bette sitzend verzehrte er die Kruste, die er vom Brot getrennt hatte, aber so langsam ging es, als ob das Kauen für seine Zähne zu schwer wäre und er es gar nicht hinunter bringen könnte. Während er aß, sah er sich im Zimmer um, das so klein war, daß er beide Wände berühren konnte, wenn er in der Mitte stand, und so finster, daß er vom Fenster aus nicht bis zur gegenüberliegenden Wand sehen konnte. Das Zimmer wimmelte von Fliegen, und auch beim Essen flogen sie ihm ins Gesicht. Kein Buch, kein Bild war im Zimmer, nur kahle Wände, und ein kleiner Tisch, von dem ein Fuß kürzer war als der andere. In der niedrigen Bettstelle lag eine Strohmatratze und eine schmutzige Decke. Voller Ekel sah Jos nach der gegenüberliegenden Wand. Dann steckte er sich eine Pfeife an und trat ans Fenster, von dem sich ihm ein Blick auf Dächer und Schornsteine bot. Auch eine abgemagerte schwarze Katze, die zwischen Ziegeln und Schieferplatten kümmerlich ihr Leben fristete, bekam er zu sehen. Jos schob seinen Hut zurück, stemmte die Ellbogen auf das Fensterbrett und schaute schwermütig auf die umliegenden Dächer. Kirchen- und Kapellenglocken klangen, und unter den Stimmen dieser Glocken glaubte er auch den Wiederhall von Glocken zu hören, die er einst gekannt hatte zu einer Zeit, die in Wirklichkeit noch gar nicht so lange zurücklag, eine Zeit, die seinem Gedächtnis aber fast schon entschwunden war, eine Zeit, in der seine Lage sich von seiner gegenwärtigen unterschied wie das Licht von der Finsternis. Er sah, wie der Rauch aus seiner Pfeife aufstieg und sich in der Luft zu Ringeln kräuselte, und dabei mußte er an die Jahre denken, an die ihn die Glockentöne erinnert hatten, an die Jahre, die er auf dem Lande verlebt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Mai. Der Reichstag erledigte am Freitag die zweite Lesung der **Kommissions-Diätenvorlage.** Das Haus war beschlußfähig, lehnte alle Abänderungsanträge ab und nahm das Gesetz in der Kommissionsfassung mit 141 gegen 84 Stimmen an. Dabei enthielten sich 5 Abgeordnete der Abstimmung. Die Debatte bewegte sich im wesentlichen in denselben Bahnen, wie bei der ersten Lesung. Große Aenderungen hat die Kommission ja auch nicht an der ursprünglichen Vorlage vorgenommen; man hat nur an der Pauschalsumme 300 M. abgeknapst und außerdem beschlossen, den Mitgliedern der deutschen Landtage, die in der Zollkommission sitzen, ihre etwaigen Taggelder in Abrechnung zu bringen. Die eigentlichen Schwierigkeiten, die Wahl des Verteilungsmodus an die Fraktionen, sind dem Präsidenten überlassen worden. Nur insofern vereinfacht sich die Abrechnung, als die freisinnigen Parteien durch die Abgg. Wiemer und Dr. Barth erklären ließen, daß ihre Mitglieder den Empfang dieser Zolltarifdiäten ablehnen würden. Unsere Fraktion wird bekanntlich die aus der Reichskasse fließenden Gelder zur Agitation gegen den Brotwucher verwenden. Bei aller prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Vorlage hatte Genosse Bebel doch den Versuch gemacht, wenigstens die Pauschalsumme, in der etwas besonders Herabwürdigendes liegt, zu beseitigen und durch Anwesenheitsgelder zu ersetzen, aber seine Anregung fiel auf unfruchtbaren Boden. In der Hauptsache drehte sich die Diskussion wieder um die höchst gleichgültige Frage, ob Genosse Stadthagen in der Zolltarifkommission eine Aeußerung gemacht habe, die als Billigung des Vorschlages gedeutet werden könnte. Eine ganze Gruppe von Zwischenträgern hatte sich zusammengefunden, unter deren Händen dann die Geschichte die übliche Entstellung erfahren hat. Genosse Stadthagen legte den Vorgang dar und seine Ausführungen mußten auch in allen wesentlichen Punkten von Herren Gamp und Herrn Spahn bestätigt werden. Jedenfalls hatte der Präsident durchaus recht — und der Beifall der Linken unterstrich seine Worte — als er für die Zukunft wenigstens darum bat, solche Mitteilungen von intimen Vorgängen aus der Kommission zu unterlassen.

Am Sonnabend steht der fliegende Gerichtsstand und der Servistarif zur dritten Lesung, die Vorlage über die Wehrpflicht in der Schutztruppe kommt zur 1. und 2. Beratung und außerdem soll die Diskussion über den Toleranzantrag des Zentrums fortgeführt werden.

— Der Berliner Lokal-Anzeiger hält seine Mitteilung über die Unterredung mit Stadtrat Kauffmann in Friedrichroda aufrecht. Der Korrespondent habe dort mit dem Arzte Kauffmanns gesprochen, welcher erklärt hätte, daß keinerlei Bedenken für die Gesundheit Kauffmanns vorliegen und dieser keineswegs geisteskrank sei.

— Das Diätenparlament. Im preußischen Abgeordnetenhause entspann sich am Freitag eine Geschäftsordnungsdebatte, die von konservativer Seite inszeniert zu sein schien, um der Regierung nahe zu legen, den Landtag in Zukunft statt im Januar, schon vor Weihnachten einzuberufen. Dann werde auch der Etat rechtzeitig fertig werden — und die biederen Volksvertreter können sich einen Monat länger für 15 M. täglich im Schweiße ihres Angesichts um des Volkes Wohl bemühen.

— Die Branntweinsteuerkommission des Reichstags prüfte am Freitag den schriftlichen Bericht über ihre Verhandlungen, den Abg. Gamp (Reichsp.) vorgelegt. Der Bericht wurde mit einigen redaktionellen Aenderungen genehmigt, zugleich aber beschlossen, die umfangreiche Begründung des Antrags des Abg. Dr. Semler (natl.), die der Antragsteller zu Protokoll gegeben hatte, in den Bericht einzufügen. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Abg. Gamp bestimmt.

— In der Sitzung der Zolltarifkommission am Freitag wurden die Positionen 231, 233 bis 236 unverändert genehmigt. Zu Position 237 (Petroleum) liegen zahlreiche Anträge vor, die zum Teil bezweckten, das amerikanische Petroleum-Monopol zu bekämpfen. Zu einer Beschlußfassung kam es noch nicht. Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann bekämpfte den Antrag Heyl auf Erhebung eines Ueberzolls gegenüber dem amerikanischen Petroleum. Ein solcher Ueberzoll würde zu einer inländischen Trustbildung führen, die dem Reichssäckel jährlich eine Mindereinnahme von 12—14 Millionen an raffiniertem Petroleum verursachen würde, ohne für den deutschen Konsumenten billigere Petroleumpreise zu bringen. Eine unabhängige deutsche Raffinationsindustrie sei unmöglich, weil die Rohstoffe doch aus dem Auslande bezogen werden müßten. Es empfehle sich nicht, ein solches Kunstprodukt zu etablieren. — Die Beratung wurde auf Dienstag früh vertagt.

Bei der Reichstagsstichwahl in Celle wurden bisher gezählt: für Wehl (nationalliberal) 11 145 und v. d. Decken (Welfe) 10 326 Stimmen.

„Ein unbeugsames Nein" erwartet die Deutsche Tageszeitung von den agrarischen Abgeordneten bei jedem Versuch, durch Erhöhung der Industriezölle die landwirtschaftlichen Produktionsmittel zu verteuern. Wie ist es aber umgekehrt, wenn die industrielle Produktion durch die Agrarzölle verteuert wird? „Ja, Bauer, das ist ganz 'was anderes!"

d. **Wenn zwei sich streiten. . . .** Erbost darüber, daß die industriellen Hochschutzzöllner, die agrarischen Ueberzölle nicht bewilligen wollen, fordert das ultramontane Agrarier-Organ, die Rhein. Volksstimme, Herabsetzung der Industriezölle! Nachdem durch die Verhandlungen der Zolltarif-Kommission sich als ausschlaggebend herausgestellt habe, daß der Landwirtschaft der nötige Schutzzoll gewährt werde, gebiete die Herstellung eine Parität in der Konkurrenz zwischen Industrie und Landwirtschaft, **eine erhebliche Herabsetzung der industriellen Zölle!** Das Blatt widmet dem Kohlensyndikat folgende Liebenswürdigkeit:

„. . . in der Geschichte der deutschen Syndikate repräsentiert die schwärzesten Blätter die Geschichte des Kohlensyndikats. Zur Zeit, als die deutsche Kohlennot am höchsten gestiegen war, als industrielle Werke und landwirtschaftliche Betriebe aus Kohlenmangel einfach stillstanden und im Parlament die heißesten Debatten hierüber entbrannten, genau zur selben Zeit lag der belgische Kohlenmarkt unter stärkster Depression, weil deutsche Kohlen zu Schleuderpreisen dort angeboten wurden, und wiederum zur selben Zeit, drei Tage nach der Reichstagsdebatte über die Kohlennot, beschloß das Kohlensyndikat eine Produktionseinschränkung, um bei der kläglich vorausgesehenen Verbrauchseinschränkung die Preise hochhalten zu können."

Mit diesem Hiebe begnügt das Ueberzollblatt sich aber nicht. Es rechnet den Industriekönigen vor, daß in den letzten 20—30 Jahren die Produktion an Erzen, Roh- und Fertig-Eisenfabrikaten und an Steinkohlen um das drei- bis vierfache gestiegen ist; weiter wird berechnet daß in der Zeit von 1880—1900 der Preis für Kohlen um 70 Proz. in die Höhe ging, Roheisen 10—25 Proz., Blei 12 Proz., Kupfer 36 Proz. und Zinn 47 Proz. im Preise anzog und das bei gleichzeitiger Verbilligung der Produktion. Und so konstatiert das Blatt denn auch:

„Wir haben also drei für die Steigerung des gewerblichen Nutzens zusammenwirkende Faktoren hier zu verzeichnen. Enorme Steigerung der Naturalmenge, gute Steigerung der Verkaufspreise und erhebliche Verbilligung der Produktion durch technische Fortschritte."

Und weshalb dieses Privatissimum? Nicht weil das fromme Bauernblatt die Preissteigerung bei Verbilligung der Produktion für ungerecht hält, sondern weil man räubern lassen will, nur unter der Bedingung, daß die Agrarier auch einen ordentlichen Fischzug thun dürfen. Räubern ist erlaubt, wenn wir miträubern dürfen, das ist die Moral der agrarischen Anklagerede gegen das Industrie-Junkertum. Und der Arbeiter soll stille halten, von beiden Richtungen der Staatsstützen sich das Fell über die Ohren ziehen lassen! — —

Kleine politische Nachrichten. Bobs kommt nicht. Das Reutersche Bureau ist ermächtigt, die Nachricht, Lord Roberts beabsichtige, sich zum Kurgebrauch nach Wiesbaden zu begeben, für unbegründet zu erklären. — In der bayrischen Abgeordnetenkammer beim Zolletat verlangt Hilpert, die Regierung möge sofort die Kündigung der Handelsverträge im Bundesrat anstreben. Der Finanzminister lehnt ab, hierauf einzugehen, und die Kammer stimmte der Anregung des Referenten zu, über die Getreidezölle nicht zu sprechen.

Frankreich.

Den Schwarzen auf die Finger geklopft! Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau hat ein Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß sich in zahlreichen Departements die Geistlichkeit in die Wahlen gemischt habe. Diese Kundgebungen, heißt es in dem Rundschreiben weiter, bedeuteten einen offenkundigen Mißbrauch der kirchlichen Funktionen. Solche Mißbräuche könnten nicht geduldet werden. Der Minister fordert die Präfekten auf, ihm über etwaige derartige Vorkommnisse Bericht zu erstatten, damit er das Nötige veranlassen könne. Diese Verfügung richtet sich sowohl gegen die Angehörigen der autorisierten, wie gegen die der nicht autorisierten Religionsgesellschaften.

Rußland.

II. **Von den aus Charlottenburg ausgewiesenen** und in Warschau verhafteten Studenten wurden vier entlassen: Tyszka, Czarnowski, Majbaum und Frl. Olsner. Die übrigen sitzen noch, man hat sie bisher gefragt, ob sie zu geheimen Verbindungen gehört hatten. Die beiden Schwestern Marchlewski hat man aus der Citadelle entlassen, dann hat man sie in Kalisch zwei Tage fast ohne Nahrung festgehalten und schließlich mit einer dritten Schwester die bisher in Freiheit war, über die preußische Grenze transportiert.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Ministermörder hat, entgegen anderslautenden Meldungen, noch nicht stattgefunden. Ihn erwartet erst in der nächsten Woche sein Schicksal. Die Untersuchung ist abgeschlossen, die Akten sind dem Kriegsgericht übergeben. Augenblicklich ist Balmaschow ernstlich erkrankt, eine Influenza typhöser Art hat ihn befallen, außerdem konstatierte der Arzt, daß Balmaschow schwindsüchtig ist; es dürfte ihm also in keinem Falle eine lange Lebensdauer beschieden sein. Man nimmt an, daß die Todesstrafe, der er sicher verfallen werde, vom Zaren in Zwangsarbeit umgewandelt werden wird. (?) Während der ganzen Untersuchung hat der Mörder auch nicht die geringste Aussage gemacht, er beobachtete vielmehr ein konsequentes Schweigen.

Südafrika.

Unversöhnlich. Die Friedensverhandlungen in Südafrika werden möglicherweise an der Hartnäckigkeit Steijns und De Wets, die auf der Unabhängigkeit des Freistaats beständen, scheitern. Beide Männer seien unversöhnlich und ihre Kommandos seien entschlossen, weiter zu kämpfen, während Botha und Delarey mit ihren Kommandos bereit wären, Frieden zu schließen, wenn Milner geneigt ist, gewisse Zugeständnisse in der Amnestiefrage zu machen. Delarey insbesondere sei friedlich gesinnt gewesen. Eine endgültige Entscheidung dürfte eher erfolgen, als allgemein erwartet wird.

Ein Neffe Bothas gefangen. Oberst Barker meldet, daß am 30. April Manie Botha mit 2 Adjutanten und 11 anderen Buren 15 Meilen nordöstlich von Frankfort gefangen genommen wurde. Manie Botha ist ein Neffe des Generals Botha und De Wets tüchtigster Offizier.

Die Kriegskosten. Welche Geldopfer der Burenkrieg dem britischen Reich auferlegt, ersieht man aus der Westminster Gazette. Danach beliefen sich diese Kosten vom 11. Oktober 1899 bis zum 1. Januar 1900 auf 23 217 000 Pfund Sterling; von 1900 bis 1901 auf 65 120 000 Pfund; von 1901 bis 1902 auf 71 637 000 Pfund. Für das laufende Jahr sind im Budget 63 700 000 Pfund vorgesehen. Das macht im ganzen einen Betrag von nicht weniger als 223 674 000 Pfund Sterling oder 4 461 480 000 M. Dazu kamen noch 107 600 000 M. Spesen, so daß sich die wirkliche Gesamtausgabe bis zu Ende dieses Jahres auf 4,6 Milliarden M. belaufen würde. Von dieser Gesamtausgabe sind 1 401 740 000 M. durch neue Steuern bezahlt.

Nord-Amerika.

Amerikanische Wasserbegeisterung. Präsident Roosevelt wohnte am Freitag der Preisverteilung in der Marine-Akademie zu Annapolis bei und hielt dabei eine Ansprache, in der er die Schüler darauf hinwies, daß es eines schrecklichen Tages von ihrem Mute und ihrer Tüchtigkeit abhängen könnte, ob die Nation ihren Namen in die Ehrentafel der Weltgeschichte eintragen könne oder die Schande einer Niederlage kennen lernen müsse. Der erste Faktor für die Sicherung des Sieges über irgend einen auswärtigen Gegner müsse notwendigerweise die Flotte sei. Wenn die Flotte versage, sei das Land dazu verurteilt, besiegt zu werden; deshalb müsse jeder amerikanische Patriot dazu mitwirken, daß ständig an der Flotte weiter gebaut und sie auf den höchsten Grad der Tüchtigkeit gebracht werde.

Revolution auf Haiti. Nach einem Telegramm aus Port au Prince ist ganz Domingo mit Ausnahme von Porto Plato in den Händen der Aufständischen.

Japan.

Internationale Höflichkeit oder bindender Vertrag? Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Meldung der Birmingham Post, die japanische Regierung habe alle Staatsarsenale dem britischen Geschwader im fernen Osten thatsächlich zur Verfügung gestellt, unbegründet sei. Es habe stets ein auf internationaler Kourtoisie (Höflichkeit) beruhendes Arrangement bestanden, nach dem den englischen Kriegsschiffen gestattet war, für Reparaturen die japanischen Docks zu benutzen. Darüber hinausgehende Abmachungen seien nicht beabsichtigt.

Kleine Nachrichten aus dem Auslande. Nach einer Meldung der Central News aus Halifax wächst die Stimmung zu Gunsten einer Vereinigung Neufundlands mit Kanada. Richter Morrison, der sein Amt niederlegte, um die Föderationspartei zu führen, ist in Halifax angekommen und begiebt sich von dort nach Toronto und Ottawa, um die Föderation mit den kanadischen Führern zu besprechen. Die Bewegung entstand zuerst in Neuschottland, welches die Vereinigung vor allem wünscht. — Krieg im Frieden. Das französische Schulschiff Bougainville nahm in der Bucht von Cannes bei Brest Schießübungen vor. Es wurde dabei so unvorsichtig zu Werke gegangen, daß die 8 Kilogramm schweren Geschosse mitten unter die im Hafen liegenden Schiffe fielen, nur wenige Meter neben dem belebten Hafendamm. Dem Hafenwächter gelang es erst in einer Stunde, durch Signale das Schiff zur Einstellung der Schießübung zu bewegen, die in der Stadt große Aufregung verursacht hatten. — Das Reutersche Bureau meldet aus Curaçao in Venezuela: Die venezolanische Regierung hat Cumana den Aufständischen überlassen. Diese zählen 2750 Mann und dürften bereits am 27. April in die Stadt eingezogen sein.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020503/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG